Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 73. Montag, 28. März 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das heiße Eisen.

Es erweist sich immer mehr als Tatsache: die berufenen Schützer des Weltfriedens scheuen sich, das heiße Eisen des albanischen Konfliktherdes anzufassen. Vor einigen Tagen sah es so aus, als ob der Beschluß, eine Investigationskommission der europäischen Mächte an die südslawisch-albanische Grenze zu entsenden, fix und fertig wäre, als ob die akute Krise am Balkan zum mindesten stark gemildert sei. Ueberall, sowohl in London und Paris als auch in Belgrad hat sich in den letzten 24 Stunden ein merklicher Meinungsumschwung Geltung verschafft. Offenbar hat Frankreich eingesehen, daß eine solche Untersuchungskommission wohl gewisse, im Augenblick vorhandene Konfliktstoffe beseitigen könnte, daß das Ergebnis ihrer Arbeit jedoch keineswegs einer völligen Forträumung des tiefen Gegensatzes zwischen der Politik Belgrads und der Mussolinis gleichkäme. Es ist anzunehmen, daß auch das sichtliche Widerstreben des deutschen Reichsaußenministers, von sich aus eine Initiative in dem Streitfall zu ergreifen, diesen Meinungsumschwung in Paris und auch in London beeinflußt hat. Im übrigen ist auch jetzt zu erkennen, daß auch dann, wenn Berlin, Paris und London sich über die Einsetzung und Zusammensetzung einer Investigationskommission in Südslawien einig geworden wären, die praktische Durchführung dieses Entschlusses immer noch auf erhebliche Widerstände gestoßen wäre. Die anfängliche Bereitwilligkeit Belgrads, in eine solche Untersuchung über die internen Verhältnisse des Landes einzuwilligen, ist sichtlich ins Gegenteil umgeschlagen. Offenbar das Ergebnis einer sehr stark aufgepeitschten Opposition der südslawischen Parteien. Die Belgrader Regierung hat zwar noch keinerlei Erklärung darüber abgegeben, daß sie von ihrer Zusage Abstand nähme, aber sie erhebt jetzt Forderungen, deren Unerfüllbarkeit auf der Hand liegt, und die daher nicht anders zu bewerten sind als eine versteckte Absage an die Befürworter der Investigationskommission. Nach Ansicht der offiziellen Kreise Belgrads wäre die praktische Untersuchungsarbeit einer solchen Kommission zwecklos, wenn es ihr nicht gestattet würde, ihre Untersuchungen auch innerhalb der Grenzen Albaniens und, was hier besonders kennzeichnend ist, auch der Italiens einzusetzen. Darüber, daß Mussolini eine solche „Zumutung" entschieden ablehnen würde, dürfte wohl weder in London, Paris, noch in Belgrad ein Zweifel bestehen.

Wenn man auch den Pressemeldungen Belgrads eine gewisse Zurückhaltung entgegenzusetzen hat, so scheinen sie doch insofern der Wahrheit die Ehre zu geben, als sich innerhalb Albaniens die Gegenströmung gegen den Diktator Achmed Zogu in den letzten Tagen stärkeren Ausdruck verschafft hat. Es ist anzunehmen, daß diese erhöhte Gegenbewegung die Folge der politischen Morde ist, die sich vor kurzem in Tirana ereigneten. Ist doch die Ermordung des albanischen Politikers Jussuf Ali wohl lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß er wenige Tage vor der Bluttat dem Diktator Achmed Zogu ernste Vorstellungen machte und ihn anklagte, Albanien an Italien verkauft zu haben. Seine Anhängerschaft ist darum fest davon überzeugt, daß seine Ermordung von Söldlingen Achmed Zogus und auf Anordnung des Diktators erfolgte. Daß die Erbitterung der Gegner Achmed Zogus nach diesem blutigen Vorfall ins Maßlose gestiegen ist, und daß sie nunmehr den günstigen Augenblick für ein energischeres Vorgehen gegen den Diktator für gekommen erachten, darf nicht Wunder nehmen. Belgrad meldet, daß in der Umgegend von Tirana starke Truppenmassen zusammengezogen werden, daß die „Heeresmacht" Achmed Zogus in Stärke von 10 000 Mann bereitstehe, gegen die Rebellen vorzugehen, daß die albanischen Behörden Automobile südserbischer Kaufleute, die nach Albanien gefahren waren, für Truppentransporte beschlagnahmt hätten, und daß auch italienische Offiziere, allerdings in albanischer Uniform, „gesichtet" worden wären. Manches von diesen Meldungen mag übertrieben und auf Konto der südslawischen Gegenpropaganda zu setzen sein. Daß jedoch im albanischen Lande sich gefahrdrohende Gärungserscheinungen bemerkbar machen, dürfte Tatsache sein. Das ist eine sehr bedenkliche Erkenntnis, denn es braucht nicht betont zu werden, daß Zusammenstöße in Albanien, also der Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges, Italien auf Grund des Tirana-Vertrages zum Einschreiten veranlassen, damit sie die befürchtete Katastrophe zum Ausbruch bringen könnten. Was zu der Schlußfolgerung führt, daß im Augenblick wieder einmal der europäische Friede aufs höchste gefährdet ist.

Man fragt sich: wo bleibt der Völkerbund? Bis jetzt versuchten die berufenen Führer des Völkerbundes, die Genfer Institution von der Behandlung des so schwerwiegenden Streitfalles auszuschalten. Sollte es sich nun wirklich ergeben, daß die Vermittlungsversuche Paris' und Londons ohne Erfolg bleiben, so wäre damit auch der Augenblick gekommen, wo eine Initiative des Völkerbundes einzusetzen hat, wenn er nicht dem ganzen Gedanken, dem er angeblich sein Leben verdankt, den allerschwersten Abbruch tun will. Auch diese Erkenntnis stimmt nicht gerade optimistisch. Hat man doch allen Anlaß zu befürchten, daß angesichts der sehr brüchigen Struktur des Genfer Bundes er eine solche Belastung schwerlich aushalten wird, daß somit zu der akuten Balkangefahr noch eine akute Völkerbundskrise treten könnte, was wahrlich nicht zur Entgiftung der politischen Atmosphäre beitragen würde. Man wird mit größter Besorgnis den nächsten Tagen entgegenzusehen haben.

Der Weltumsegler „Hamburg" in Honolulu eingetroffen.

)(Honolulu, 26. März. Kapitän Kircheiß hat auf dem Weltumsegler „Hamburg" nach sehr stürmischer Fahrt Honolulu erreicht.

Neues deutsch-französisches Wirtschaftsprovisorium.

)(Paris. Zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation ist die Ausgabe folgenden Communiqués vereinbart worden:

Das am 15. März unterzeichnete Protokoll zur Festlegung der Grundsätze des endgültigen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich bildete nur die erste Etappe der seither in ersprießlicher Weise fortgeführten Verhandlungen. In Fortführung der Verhandlungen haben **die beiden Delegationen beschlossen, ihren Regierungen vorzuschlagen, alle Vereinbarungen, die gegenwärtig für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich maßgebend sind, in ihrer Gültigkeit bis zum 30. Juni zu verlängern.** Die Delegationen hoffen, daß zu diesem Zeitpunkt der neue französische Zolltarif angenommen sein wird und daß dann eine endgültige und vollständige Regelung anstelle der bisher getroffenen vorläufigen und teilweisen Vereinbarungen eintreten kann. Nach Maßgabe dieses Beschlusses haben die beiden Delegationen einen Abkommensentwurf vorbereitet, demzufolge **vom 11. April bis 30. Juni einschließlich die französischen Weine im Rahmen eines Kontingentes zu den gleichen Tarifbedingungen nach Deutschland eingeführt werden können, die den auf Italien und Spanien fallenden Weinen eingeräumt werden.** Als Gegenleistung für dieses Zugeständnis sind für die hauptsächlichsten Industrien ziemlich ausgedehnte Vorteile gewährt worden. Um diese vorgesehene Uebereinkunft in ihrer Gesamtheit der deutschen Regierung zu unterbreiten, ist der Leiter der deutschen Handelsvertragsdelegation, Ministerialdirektor Dr. Posse, nach Berlin gereist.

Man hofft, daß die vorbereitenden Entwürfe vor Ende dieses Monats unterzeichnet werden können.

Die französische Presse ist befriedigt.

)(Paris, 27. März. Die Vorschläge für eine Erweiterung des bestehenden deutsch-französischen Handelsprovisoriums werden von der französischen Presse, auch von den offiziösen Zeitungen, mit Befriedigung aufgenommen. Es wird erklärt, daß das Ergebnis trotz seines provisorischen Charakters eine weitere Etappe auf dem Wege zu dem endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag bedeute. Im **Mittelpunkte der Kommentare steht natürlich die Weineinfuhr nach Deutschland, die auf einen Wert von 40 Millionen Franken geschätzt wird. Demgegenüber sei eine deutsche Einfuhr von chemischen und elektrotechnischen Produkten im Werte von 15 Millionen Franken gerechnet.** Diese deutschen Produkte sollen von französischen Firmen auf feste Rechnung übernommen und von ihnen selbst abgesetzt werden. Es wird betont, daß dieses Ergebnis nur erzielt werden konnte, nachdem in dem Abkommen vom 15. März den deutschen Handelsdelegierten bestimmte Garantien für die Richtlinien des endgültigen Handelsvertrags, die sich auf die Einräumung der Meistbegünstigung de facto für die deutsche Einfuhr nach Frankreich beziehen, gegeben wurden. Gerade in diesem Zusammenhang ist es vielleicht nicht uninteressant, daß der „Temps" diese Richtlinien als vollkommen allgemeiner Natur bezeichnet, die in gewissen Punkten mit dem gegenwärtigen Handelsregime Frankreichs im Gegensatz stehen und erst verwirklicht werden könnten, wenn der jetzige französische Zolltarif einer gesetzlichen Aenderung unterzogen würde.

Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler.

tsd. Dresden. **Am Sonnabend hat der Ministerpräsident Heldt zusammen mit dem sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet, um die Beschwerden Sachsens wegen der Behandlung des Finanzausgleiches und anderer wichtiger Probleme durch die Reichsregierung und den Reichstag näher zu begründen und auf deren Abstellung zu dringen.**

Der Reichskanzler hat dem sächsischen Ministerpräsidenten erklärt, daß er nach Möglichkeit versuchen wolle, in allen diesen Dingen Abhilfe zu schaffen und die Zusicherung gegeben, daß er die vorgetragenen Beschwerden in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts vortragen werde.

Ministerpräsident Heldt zu den Skandalvorgängen im sächsischen Landtag.

)(Dresden. Ministerpräsident Heldt hat aus Anlaß der Skandalvorgänge in der letzten Vollsitzung des Landtages, bei denen **der altsozialistische Abgeordnete Bethke tätlich angegriffen** wurde, unter dem 26. März ein **Schreiben an den Landtagspräsidenten** gerichtet, in dem es am Schluß heißt:

„Das Gesamtministerium hat sich mit diesem Vorgang beschäftigt und ist zu der Auffassung gekommen, daß die drei kommunistischen Abgeordneten Schreiber, Rascher und Bleyer sich des Vergehens der schweren Nötigung gegebenenfalls auch des versuchten Verbrechens nach Paragr. 105 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Sie sind durch ihre Immunität als Abgeordnete nicht gedeckt, da der Angriff nicht als eine nach Art. 36 der Reichsverfassung straffreie Aeußerung gelten kann. Im Staatsinteresse ersucht das Gesamtministerium den Herrn Landtagspräsidenten, mit größter Beschleunigung einen Beschluß des Landtages herbeizuführen, gemäß Art. 37 Abs. 1 der Reichsverfassung, die Strafverfolgung gegen die drei genannten Abgeordneten zu genehmigen. Strafanzeige ist erfolgt.

Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Eisenbahnabkommens.

)(Warschau, 27. März. Gestern fand im polnischen Verkehrsministerium die **Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens über Erleichterungen des internationalen Eisenbahnverkehrs auf der Strecke Firchau—Konitz—Dirschau—Marienburg** statt. Von deutscher Seite wurde das Abkommen von dem Gesandten Rauscher und dem Geheimen Regierungsrat Scholz, von polnischer Seite von Ministerialdirektor Moskwa und Abteilungsvorstand Prochaska unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht besondere **Erleichterungen für den internationalen Personenverkehr** zwischen Westeuropa einerseits und Osteuropa und dem Fernen Osten andererseits, auch auf dem Gebiete des Zoll- und Paßwesens vor. **Auch der Eisenbahnwechselverkehr zwischen Deutschland, Danzig und Polen wird durch dieses Abkommen verbessert werden.** Das Abkommen wird nach erfolgter Ratifizierung die Grundlage für die Herstellung einer direkten Verbindung von Paris, Calais und Ostende über Berlin, Riga und Moskau nach Peking—Tokio bilden.

Die Neuregelung der Invaliden-Versicherung.

vdz. Berlin. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Effer (Z.), der dem Wunsche seines Fraktionsvorstandes entsprechend dieses Amt beibehalten hat, beschloß der **Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags**, unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge der Linksparteien, daß, gemäß einem Initiativ-Gesetzentwurf der Regierungsparteien **ab 1. Juli sieben neue Lohn- und Beitragsklassen gebildet** werden sollen, wobei Klasse I bis zu einem Wochenlohn von 6 Mark einen Beitrag von 30 Pfg. und Klasse VII bei einem Wochenlohn von mehr als 36 Mark einen Beitrag von 200 Pfg vorsieht.

Entgegen dem bisherigen Zustand wird nach dem gefaßten Beschluß ab 1. Juli die **Witwenrente** bei vollendetem 65. Lebensjahr auch dann gewährt, wenn Arbeitsunfähigkeit der Witwe nicht vorliegt. Die Zusatzsteigerungen aus den bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen werden ab 1. Juli für jede Beitragsmarke verdoppelt.

Ferner wurde beschlossen, daß auch diejenigen Witwen, die seinerzeit bei Einführung der Reichsversicherungsordnung vom Bezuge der Hinterbliebenenrente ausgeschlossen waren, ab 1. April die Hinterbliebenen-Bezüge erhalten, soweit Anspruch auf die Invaliden-Rente bis 1. Januar 1924 bestand. Für die bis dahin bestehenden Ansprüche auf Invalidenrente wird auch der Kinderzuschuß vom 1. April ab gewährt. Die weitere Besprechung wurde auf Dienstag vertagt.

Besserung im Befinden Richard v. Kühlmanns.

)(Berlin. Wie das „B. T." aus der chirurgischen Universitätsklinik erfährt, hat sich in den letzten Tagen das **Befinden des Herrn von Kühlmann sichtlich gebessert.** Mit Lebensgefahr braucht man nicht mehr zu rechnen. Der Bruch an der Schädelbasis ist in guter Heilung. Voraussichtlich werden jedoch noch einige Wochen Aufenthalt in der Klinik notwendig sein.

Das Marinebauprogramm Italiens.

)(Rom. Bei der Beratung des Marineetats in der Kammer verteidigte der Unterstaatssekretär der Marine das neue Beförderungsgesetz und die neue Personalordnung in der Marine und erinnerte daran, daß **der Marineetat des vorigen Jahres um 160 Millionen für Neubauten erhöht** worden sei. Das Marinebauprogramm von 1923/24 sei allen bekannt. Die ersten Einheiten seien bereits in den Dienst gestellt. Andere hätten ihre Probefahrt gemacht und wieder andere würden demnächst vom Stapel laufen. Die Zusatzbauten würden umfassen: Drei Unterseeboote, die schon in Auftrag gegeben seien und von denen eines für weite Fahrten und die beiden anderen für mittlere Fahrten gebaut würden. Alle drei Boote würden als Minenschiffe dienen können. Sechs Unterseeboote mittlerer Größe, die sich besonders für das Mittelmeer eigneten, würden in Auftrag gegeben, und acht Unterseeboote dieses Typs würden demnächst vom Stapel laufen. Ferner würden 12 Torpedojäger mit 38 Seemeilen Geschwindigkeit von je 2000 Tonnen gebaut werden, die bereits seit einigen Monaten in Auftrag gegeben seien, und endlich vier Kreuzer von je 5000 Tonnen. Der Unterstaatssekretär verbreitete sich hierauf über die technischen Fortschritte in der Marine, auf Grund deren eine größere Schnelligkeit und ein geringerer Brennstoff-Verbrauch der Schiffe erreicht worden sei. Zum Schluß grüßte er aus der Ferne die italienischen Matrosen in China, denen auch die Kammer ein Ovation bereitete.

SLUB
Wir führen Wissen.